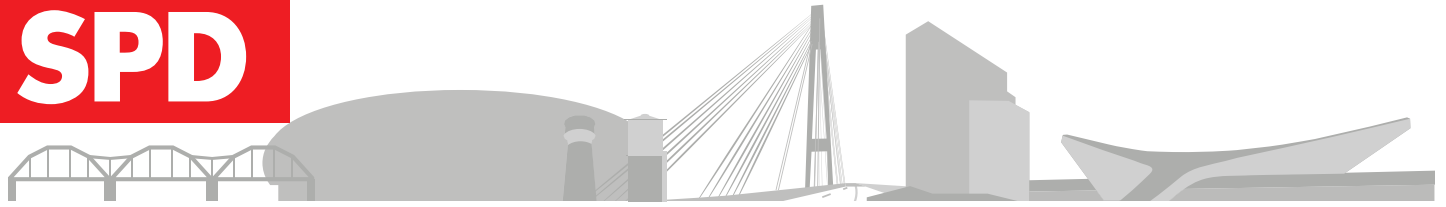


Ludwigshafen
am Rhein

SPD



DIE ROTE LU

ERSTAUSGABE DER ROTEN LU

Aktuelles aus Ludwigshafen, Rheinland-Pfalz, Deutschland und Europa

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Sie halten die erste Ausgabe der „Roten LU“, der neuen Zeitung der SPD Ludwigshafen, in der Hand. Wir wollen Sie mit dieser Zeitung über Aktuelles aus Ludwigshafen, dem Land, dem Bund und Europa informieren.

Weitere Informationen finden Sie online auf unserer Internetseite unter www.spd-ludwigshafen.de.

Es grüßt Sie herzlich Ihr

David Schneider, Vorsitzender der SPD Ludwigshafen



IN DIESER AUSGABE LESEN SIE:

- Projekt „City West“
- Ehrenamtskarte auch in LU
- Flüchtlingspolitik
- Starkes Doppel aus LU
- Rechte von Arbeitnehmern
- Interview mit dem neuen Behindertenbeauftragten

Neue Stadtstraße braucht klare Vorgaben

SPD begleitet Projekt „City West“ intensiv und kritisch

Am 23. März wurde vom Stadtrat beschlossen, die weiterentwickelte Planung der „Stadtstraße lang“ der Fördervoranfrage bei Bund und Land zugrunde zu legen. Diese ist Voraussetzung dafür ist, eine notwendige finanzielle Unterstützung sicherzustellen. Nach dem Beschluss der Vorzugsvariante vor einem Jahr ist das ein nächster wichtiger Schritt im Rahmen des Projektes „City West: Abriss der Hochstraße Nord und Bau der Stadtstraße lang“.

Für die kommenden Planungsabschnitte hat die SPD Ludwigshafen klare Anforderungen formuliert. Wir wollen eine optimale Ausgestaltung der Querungen für Fußgänger und Rad-

fahrer. Für die Bauzeit ist unbedingt ein Verkehrsentlastungskonzept zu entwickeln. Darin sollten unter anderem ein großräumiges Umleitungskonzept und eine Stärkung des ÖPNV enthalten sein. Das Rathauscenter selbst und dessen Umfeld müssen für eine weitere Entwicklung des Einzelhandels attraktiv bleiben. Außerdem sind wir der Überzeugung, dass ein wirksames und unabhängiges Kostencontrolling für die weitere Planung und die Bauausführung notwendig ist. Natürlich gilt es die Bürgerbeteiligung fortzusetzen.

- David Schneider



ROTES Frühstück

Aus LU für LU

• Kommen Sie mit uns ins
Gespräch
SAMSTAG 20. Juni
10-13 Uhr Lichttor
Rathauscenter LU



SPD Ludwigshafen setzt Einführung der Ehrenamtskarte durch Vergünstigungen in Kultur- und Sporteinrichtungen

Die vielen ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden, Bürgerinitiativen, den Kirchen oder in Gewerkschaften engagierten Menschen sind die Stützen unserer Gesellschaft. Die rot-grüne Landesregierung unter Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat im vergangenen Jahr beschlossen, eine landesweite Ehrenamtskarte einzuführen, mit der ehrenamtlich

Tätigen in ausgewählten staatlichen Kultur- und Sporteinrichtungen eine Vergünstigung gewährt wird. Auf Initiative der SPD wird sich auch die Stadt Ludwigshafen an der Ehrenamtskarte beteiligen. Sie ist Ausdruck unserer Wertschätzung gegenüber dem Ehrenamt und ein kleines Dankeschön für diesen Einsatz der ehrenamtlich Tätigen.



Die Vorderseite der neuen Ehrenamtskarte. | © Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
- David Schneider www.wir-tun-was.de

Flüchtlingspolitik ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen

Eine große Herausforderung für unsere Stadt Ludwigshafen stellt die Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen dar. Für die SPD ist klar: Menschen, die zu uns kommen, weil ihr Leib und Leben in ihren Heimatländern bedroht ist, sind auf unsere Hilfe angewiesen. Das ist für uns eine humanitäre Verpflichtung. Für das Jahr 2015 erwartet die Stadt Ludwigshafen die Zuweisung von mindestens 700 Flüchtlingen. Auch für die Folgejahre ist nicht

mit weniger Menschen zu rechnen. Diese Zahlen verdeutlichen die Herausforderung für Städte wie Ludwigshafen, in denen Wohnraum ohnehin knapp ist und keine bereits erschlossenen Flächen zur Verfügung stehen. Um diese Aufgabe bewältigen zu können, hat die rheinland-pfälzische Landesregierung mit dem geplanten Nachtragshaushalt bereits erhebliche Hilfen für die Kommunen vorbereitet. Doch auch der Bund sollte sich hier seiner Ver-

antwortung schnell bewußt werden. Die SPD bittet auch private Vermieter, die freien Wohnraum zur Verfügung stellen können, um ihre Bereitschaft dazu, an Flüchtlinge zu vermieten.

Vermieter können sich unter der Telefonnummer (0621) 5043005 im Sozialdezernat der Stadt Ludwigshafen im Büro von Bürgermeister van Vliet melden. - David Schneider

Die SPD regiert erfolgreich für die Menschen

Doris Barnett zu Mindestlohn und Mietpreisbremse

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, seit 1 1/2 Jahren ist die SPD gemeinsam mit der Union in der Bundesregierung und unsere sozialdemokratische Handschrift ist klar erkennbar: Seit 1. Januar ist der Mindestlohn von 8,50 Euro in Kraft. Für uns war immer klar: Wer Vollzeit arbeitet muss von seinem Verdienst auch leben können. Ende Februar hat das Bundeskabinett außerdem einen Gesetzesentwurf für die Mietpreisbremse beschlossen. Das heißt: Bei einem Mieterwechsel kann die Miete nur noch höchstens 10% über dem ortsüblichen Schnitt liegen, überall wo die Bundesländer einen angespannten Wohnungsmarkt feststellen. Ausgenommen sind nur Neubauten und die Erstvermietung von umfassend sanierten Wohnungen, damit notwendige Sanierungen und der Wohnungsneubau nicht eingeschränkt werden.

Viel Geld sparen Mieter auch, weil sie den Makler künftig nur bezahlen müssen, wenn sie ihn auch selbst beauftragt haben. Die Mietpreisbremse soll noch in diesem Jahr in Kraft treten. Das ist effektiver Mieterschutz, den die SPD in der Bundesregierung durchgesetzt hat! In meinem Wahlkreis wurde in Ludwigshafen intensiv über die Pläne der „weiterentwickelten Stadtstraße“ als Ersatz für die marode Hochstraße Nord diskutiert. Die Finanzierung dieses Projektes ist seitens des Bundes offen. Die schwierige Lage unserer Stadt, die Kämmerer Dieter Feid bei einem Treffen von Bürgermeistern und Finanzdezernenten in Berlin vortrug, wird von mir auch bei den zuständigen Verkehrspolitikern in Berlin immer wieder thematisiert. Natürlich binde ich die zuständigen Haushalter ebenfalls mit ein. Das Land hat hier schon

positiv „vorgelegt“ und ich hoffe, dass der Bund sich seiner Verantwortung nicht entziehen wird.

Es begrüßt Sie herzlich
Ihre Doris Barnett



Heike Scharfenberger und Anke Simon – Starkes Doppel aus LU nach Mainz SPD nominiert Direktkandidatinnen für Landtagswahl 2016

Am 13. Mai 2015 hat die Ludwigshafener SPD ihre bisherigen Landtagsabgeordneten Anke Simon und Heike Scharfenberger mit sehr großem Rückhalt als Kandidatinnen für die Landtagswahl am 13. März 2016 nominiert. Bereits jetzt sind beide in Mainz bestens verdrahtet. Schwerpunkte in ihrer politischen Arbeit können Scharfenberger und Simon besonders in den Ausschüssen setzen, in denen sie intensiv arbeiten.

So ist Anke Simon nicht nur verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, sondern auch im Ausschuss für Inneres, Sport und Infrastruktur. Dort werden viele Themen bearbeitet, die für uns Ludwigshafener wichtig sind: Seien es verkehrspolitische Themen wie die Hochstraße Nord, aber auch Fragen der Stadtentwicklung, wie der kürzlich auf Initiative von Rot-Grün eingebrachte Gesetzesentwurf über lokale Entwicklungs- und Aufwertungsprojekte, aus dem sich auch neue Möglichkeiten für die Ludwigshafener Innenstadt ergeben können.

Zu ihrem verbraucherpolitischen Engagement sagt Anke Simon: „Wichtig ist mir, dass Verbraucher eine kompetente Beratung erhalten. Deshalb freue ich mich, dass unsere Verbraucherzentrale in Ludwigsha-

fen nun in neuen Räumen mehr Platz für ihre informativen Angebote hat!“

Auch Heike Scharfenberger kann als Mitglied des Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie wichtige Zukunftsthemen mitgestalten. Zudem ist sie für die Bereiche „Demografie“ und „Menschen mit Behinderungen“ als Sprecherin der SPD-Fraktion aktiv.

Beide Kandidatinnen eint ihre große kommunalpolitische Erfahrung: Sie sind Ortsvorsteherinnen in ihren Heimatstadtteilen Mundenheim bzw. Ruchheim und sind seit vielen Jahren im Ludwigshafener Stadtrat aktiv - Heike Scharfenberger als SPD-Fraktionsvorsitzende, Anke Simon mit einem Schwerpunkt auf Kinder- und Jugendpolitik. „Beide kennen ihre Heimatstadt wie ihre Westentasche - das ist wichtig, um in Mainz die Ludwigshafener Interessen zielgerichtet und mit der notwendigen Vehemenz vertreten zu können.“, so SPD-Stadtverbandsvorsitzender David Schneider. Die zahlreichen Gespräche, die Simon und Scharfenberger in Arbeitskreisen, mit Kolleginnen und Kollegen sowie mit den Ministerien führen, zeugen von ihrem großen Einsatz für Ludwigshafen. Dies schlägt

sich in konkreten Projekten nieder, die das Land trotz Schuldenbremse in Ludwigshafen unterstützt hat: Willersinnbad, Linie 10, Sanierung der Stadtbibliothek, Sanierung Bürgerhof, Vorplatz Rathaus, Ausbau von Kindergarten in Oppau und Oggersheim und die Sozialen Stadtquartiere, u. a. Oggersheim West. „Was Menschen bewegt, spielt sich zum überwiegenden Teil im Alltag vor Ort ab. Deshalb ist es wichtig und notwendig, dass in den überregionalen Parlamenten auch Vertreterinnen und Vertreter aus der Kommunalpolitik dabei sind, die die Gegebenheiten vor Ort kennen, welche bei den Entscheidungen auf Landesebene einfließen müssen“, so Heike Scharfenberger.

Für die kommende Legislaturperiode haben beide Frauen auch schon ein ganz konkretes Ziel vor Augen: „Wir werden uns dafür einsetzen, dass wir weitere Wege suchen und Lösungen finden, um dauerhafte und auskömmliche Arbeitsplätze zu sichern. Gute Arbeit ist wichtig, um Altersarmut zu verhindern. Verlässlichkeit und Planbarkeit sind gerade in einer sich wandelnden Arbeitswelt für jeden wichtig.“

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Alexander Schweitzer brachte es zum Abschluss der Konferenz auf den Punkt: „Eines ist klar: Wir wollen uns nicht ausruhen auf dem, was wir bislang erreicht haben – egal, ob in der Bildungs-, Arbeits- oder Wirtschaftspolitik. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen unser Land von Morgen gestalten. Und damit dies gelingt, wünschen wir uns, dass Anke Simon und Heike Scharfenberger am 13. März 2016 von den Wählerinnen und Wählern mit einem starken Ergebnis wieder nach Mainz geschickt werden.“

- Cornelia Luszik



v.l.n.r. David Schneider, Anke Simon, Alexander Schweitzer, Heike Scharfenberger, Gregory Scholz

Europa | Ludwigshafen

Solidarität statt Hetze

Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Krise

Die Bundesregierung wird nicht müde zu betonen, dass die Euro-Krise bereits überwunden und die Kürzungspolitik der Troika alternativlos sei. Während konservative Kreise mit Unterstützung der „Bild“-Zeitung erst den „Grexit“ – also Griechenlands Austritt aus der Euro-Zone – und dann eine Absage an weitere Hilfgelder fordern, verschärft sich die Arbeits- und Gesundheitssituation in Griechenland drastisch – von einem Ende der Krise kann daher keine Rede sein! Dies bestätigen auch die aktuellen Zahlen des „Independent Growth Survey 2015“ – einer unabhängigen europäischen Untersuchung –, nach der die Arbeitslosigkeit in der gesamten Eurozone weiterhin auf einem Rekordhoch stagniert. Steigende Ungleichheit, grassierende Armut und ein Auseinanderdriften der Wirtschaftsregionen erfordern unsere Solidarität – statt polemischer Hetze!

Verstärkt sind auch Versuche konservativer Kreise zu beobachten, das Streikrecht einzuschränken. So soll zum Beispiel ein obligatorisches Schlichtungsverfahren zur Anwendung kommen, wenn durch den Streik möglicherweise die „Notversorgung“ betroffen sein könnte. Die genaue Definition solcher Fälle bleibt allerdings genau so offen wie die Frage, wer denn nun



Jutta Steinruck

einen solchen Fall benennt. Weiterhin wird gefordert, Streiks vier Tage vorher anzukündigen – was den Grundsatz der Vereinigungsfreiheit ad absurdum führt.

Meine Fraktion hat dies nicht unkommentiert gelassen, das Thema auf die Tagesordnung der Plenarsitzung in Straßburg gebracht und für den 18. Februar – dem Aktionstag des Internationalen Gewerkschaftsbundes – mobilisiert. Für uns sind die Grundrechte, von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht verhandelbar. Wir brauchen starke Sozialpartner, um menschenwürdige Arbeit zu ermöglichen. Die Krise hat uns vor Augen geführt, dass der Wirtschaft klare Regeln und ein Höchstmaß an Mitbestimmung zugute kommen. Und: Die Sozialpolitik muss mindestens die gleiche Bedeutung wie die Finanzpolitik bekommen.

- Jutta Steinruck

Helfer in allen Problemlagen

Die ersten Tage als Behindertenbeauftragter – ein Interview mit Hans-Joachim Weinmann

Seit August 2014 ist Stadtratsmitglied Hans-Joachim Weinmann Beauftragter für behinderte Menschen in Ludwigshafen. Der 70-Jährige wurde vom Stadtrat im Juli in diese Funktion gewählt – nicht zuletzt deshalb, weil er als Mitbegründer der Interessengemeinschaft Behinderter und ihrer Freunde e.V. (IBF) als helfender Freund in Urlauben des Vereins Alltagsprobleme behinderter Menschen kennenlernte. Die Verwaltung kennt der Diplomverwaltungswirt (FH) aus dem Effeff, war er doch von 1973 bis 1988 Bürgerberater im Büro von OB Dr. Werner Ludwig. Zu seinen ersten Monaten in dieser Funktion haben wir Hans-Joachim Weinmann interviewt. *Herr Weinmann, wie kann man Ihre Aufgaben in einigen Punkten zusammenfassen?* In meiner Funktion bin ich unter anderem zentrale Anlaufstelle der Verwaltung in allen Fragen bezüglich Behinderungen und Ansprechpart-

ner für die Einwohnerinnen und Einwohner. Ich biete Sprechstunden an und berate behinderte Menschen und Angehörige in allen behindertenrelevanten Bereichen. Ich will Problemlösungen gemeinsam mit den betroffenen Menschen erarbeiten. Des Weiteren bin ich Verbindungsglied zwischen freien Trägern, Selbsthilfegruppen, Vereinen, sowie zum Landesbehindertenbeauftragten. Nicht zuletzt bin ich auch stimmberechtigtes Mitglied im Beirat für Menschen mit Behinderung. *Können Sie ein paar Beispiele Ihrer bisherigen Arbeit nennen?*

Ich war beispielsweise auf der Suche nach einer rollstuhlfahrgerechten Wohnung, wurde angesprochen wegen des schlecht passierbaren Weges zum Baumgräberfeld auf dem Hauptfriedhof und bin in Fragen des behinderten-gerechten ÖPNV, sowie der staatlichen

und städtischen Hilfen für behinderte Menschen zu Rate gezogen worden. Ich bringe mich auch in den Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft Barrierefreiheit der Metropolregion Rhein-Neckar ein.

Vielen Dank.

Das Interview führte Esther Czasch

SPRECHSTUNDEN

Jeden 1.+ 3. Montag (von 10-12 Uhr)
Donnerstag (von 16-18 Uhr)

Stadthaus Nord, Europaplatz 1
4.OG, Zimmer 409
Eingang rechts (für Rollstuhlfahrer über den Hof aus der Limburgstraße)

Hans-Joachim Weinmann
Tel 0621-5043603 | 0172-6206150
Termine außerhalb der festen Sprechtage
und Hausbesuche vorab bitte telefonsich